

# Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Leipzig.  
Nab. & Rom. Nr. 2001.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banlung: Gehr. Stenold, Dresden.

Aboonskungspreis mit der täglichen Unterhaltungshilfe Leben, Wissen, Rund und wöchentlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierfachlich 4.80 M. unter Kreuzung für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 0.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weimarer Platz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde von montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Weimarer Platz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Werberate werden die 7 geplante Beiträge mit 45 M. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Beitragszusätzen. Interesse müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Uebersicht abgegeben sein und sind im vorher zu beglaubigen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 98.

Dresden, Montag den 29. April 1918.

29. Jahrg.

## Kritische Stunde.

**Preußentag der Nationalliberalen. — Unsicherheit über die Haltung der Regierung.**

Preußen und Deutschland stehen vor einer Entscheidung, die nicht nur für die innere Politik, sondern auch für Fortführung und Ausgang des Weltkrieges von allergrößter Tragweite ist. Am Dienstag wird im preußischen Abgeordnetenhaus die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage vor sich gehen. Im Verfassungsausschuss wurde die Regierungsvorlage, das gleiche Wahlrecht bringt, mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt und ein makabres Pluralkoalitionsrecht zum Beifluss erhoben. Die Unrechts-Partei im Ausschuss kam zu stande, indem sich die Hälfte der nationalliberalen Ausschusshälfte auf die Seite der konservativen Reichsverwigerer schlug. Die Nationalliberalen bilden auch in der bevorstehenden Sitzung des Abgeordnetenhauses das Jüngste an der Waage. Werden die Schatzmacherelemente dieser Partei auch in der letzten Entscheidungssitzung das gleiche Wahlrecht zu Fall bringen? Und wie wird in diesem Falle die Regierung sich entscheiden?

Man nimmt an, daß lange Erörterungen im Abgeordnetenhaus nicht mehr stattfinden werden. Sie würden auch völlig unnötig, denn die Dinge sind bereits gelläufig. Die ungeheuerliche Tatsache liegt vor allen Augen, daß die konfessionell-großkapitalistische Kasse den Willen von deutscher Männer, die das Vaterland in diesem höchstens aller Kriege gerettet haben, nach wie vor die staatsbürglerische Gleichberechtigung verweigert. Auch das feierlich gegebene Wort des Kaisers und Königs gilt jenen Abwärtenden nichts, wenn es sich darum handelt, ihre Vorrechte zu sichern und etwaige Steuerbelastung von sich fernzuhalten. Die Frage ist nur noch, ob eine Wehrheit für diese Brutalitätspolitik im Deutschenhaus vorhanden ist und ob die preußische Regierung den leisen Willen bestätigt, den Kampf für das gleiche Wahlrecht allen Widerständen zum Trotz zu Ende zu führen.

Seitens war eine Partei in so verantwortungsvoller und schwieriger Lage wie jetzt die Nationalliberalen. Der in dieser Partei schon immer vorhandene Gegensatz zwischen dem rechten Flügel des großindustriellen Schatzmachertums und den liberalen Elementen droht aus Anlaß der Wahlrechtsfrage das Gespüre der Partei völlig zu zerstreuen. Am Sonntag wurde ein außerordentlicher Vertretertag der Partei für Preußen in Berlin abgehalten, der sehr stark befürchtet war, um die Stellung der Partei zum gleichen Wahlrecht zu beraten und festzulegen. Die Gegenseite prallten scharf aufeinander. Abg. Schiffer, der zugleich das Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichschauplatz inne hat, bildete das einleitende Referat. Er stellte die Frage: „Soll und kann das gleiche Wahlrecht durch nationalliberale Abgeordnete entscheidend zu Fall gebracht werden?“ Schiffer sprach die Überzeugung aus, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nicht mehr aufzuhalten ist. Der Strom der Entwicklung, erklärte er, werde jeden Widerstand zerschlagen. Er sei keinen Parteifreunden, sich diesem Strom der Entwicklung nicht zu widerlegen, sondern Vertrauen zum preußischen und deutschen Volke zu haben.

Der jetzige Vorsitzende der nationalliberalen Landtagsfraktion, Abg. Lohmann, hielt die Gegenrede. Er erklärte offen, daß er das gleiche Wahlrecht nicht will, weil davon ein Überwuchern der Sozialdemokratie zu befürchten sei. Er bezeichnete die königliche Wahlrechtsbotschaft als ein Unglück, und er ließ deutlich erkennen, daß er den Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht noch für ausichtsreich ansieht. Er und seine schwerindustriellen Kollegen spekulieren offensichtlich auf die Schwäche der Regierung. Und leider scheint diese Spekulation, wie wir noch sehen werden, nicht berechtigt zu sein!

Nach längerer Erörterung nahm der nationalliberale Vertretertag folgenden Antrag Leidig mit 419 gegen 129 Stimmen an:

„Der jetzige preußische Vertretertag der Nationalliberalen Partei stellt sich auf den Boden des gleichen Wahlrechts für Preußen, das er als eine Staatsnotwendigkeit erachtet. Er erwartet deshalb, daß die nationalliberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dem gleichen Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage zustimmen. Er lehnt die Verantwortung dafür ab, wenn nationalliberale Abgeordnete nach der Entscheidung des Preußenhauses, als der nachgehenden Instanz, durch ihre Abstimmung den Ausdruck gegen das Wahlrecht herbeiführen sollten.“

Hat sich hiermit der nationalliberale Vertretertag auch mit recht statlicher Mehrheit für das gleiche Wahlrecht entschieden, so erscheint sein Besluß doch keineswegs genügend, um die wahlrechtsfeindliche Minderheit zur Räson zu bringen. Es wäre nötig gewesen, diese Minderheit keinen Zweifel zu lassen, daß ihre Mitglieder, falls sie das gleiche Wahlrecht verhindern, bei den nächsten Wahlen nicht wieder als Parteiveterter aufgestellt werden können. Zu solcher klarenden Entscheidung vermoderte sich der Vertretertag nicht aufzurufen, und es kann sich bald zeigen, daß den schatzmäderischen

Artilleriekampf auf dem Schlachtfeld in Flandern. — Französische Angriffe gegen Hanoi zurückgewiesen.

(M. T. B.) Amlich. Großes Hauptquartier, den 29. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern von mittos an auslebender Artilleriekampf. Die Feinde seit der Erfahrung des Kammels hat sich auf über 7100 Gefangene, darunter 181 Offiziere, 53 Geschütze und 223 Geschützengewehre erholt.

Wiederholt dem La-Meuse-Kanal und der Scarpe sowie nördlich von der Somme rege Gefechtsaktivität der Engländer. Starke Angriffe der Franzosen gegen Hanoi, Vald und Dorf, wurden blutig abgewiesen.

Borsckampf an verschiedenen Stellen der übrigen Front.

Auf dem Ostufer der Maas brachte ein Borsckampf die französischen Truppen Gefangene ein.

Van den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Elementen der Mut zu ihrer herostatischen Politik gestärkt wurde.

Wir allein aber wird den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden der Mut gestärkt durch die unentkennbare oder zumindest unklare Haltung der Regierung. Würde die Regierung keinen Zweifel lassen, daß sie die Ablehnung des gleichen Wahlrechts mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses bestrafen werde, so wäre es mit dem Schafschäfertrutz schnell vorbei. Denn Juncker und Schwerin wissen genau, daß sie eine Neuwahl unter der Bedingung des gleichen Wahlrechts selbst auf Grund des Dreiklassenwesens nicht mit teilen Wiederaufbau können. Die Haltung der Regierung zeigt aber in diesen entscheidungsvollen Stunden weder genügende Entschlusskraft noch Klarheit. Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg nahm auf dem nationalliberalen Vertretertag das Wort, und er deutete zwar auf einen Wahlkampf hin, aber seine Worte waren keineswegs geeignet, um die Wahlrechtsgegner einzuschüchtern. Dr. Friedberg führte aus:

„Die Gegenseite hat lieblich noch eine Hoffnung, nämlich, daß an maßgebender Stelle vielleicht doch noch ein Umschwung eintreten könnte, wenn man sich einem letzten Zischen gegenübersetzt. Diese Übergangung wird von mir nicht geteilt. Niemand kann sich darüber nicht freuen. Andere freuen nicht an einer Auflösung des Abgeordnetenhauses im Kriege; aber daß sie überhaupt nicht in Vertrag kommen könnte, ist ein unhaltbarer Grundtag. Deshalb ist der Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht nicht aufzuheben zu erhalten.“

Gegenüber der Neuherung Lohmanns im Schlusswort, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses während des Krieges unmöglich sei, vermoderte Dr. Friedberg nur zu erwidern: „Man darf nicht den Anschein erwecken, daß eine Auflösung niemals in Frage kommen könnte. Das sind sehr lahme Erklärungen. Sie sind so lahme, daß sie nach der bisherigen Haltung des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums einige Verwunderung hervorrufen müssen. Es dürfte die Wollung der Wahlheit einwiedern, daß die Erklärungen Friedbergs unter dem Eindruck eines am Sonnabend stattgefundenen preußischen Ministerials gestanden haben, der zwar nicht ausdrücklich, aber doch unverkennbar den Einschluß gefaßt haben soll, das Abgeordnetenhaus wegen des Wahlrechts nicht aufzuheben. Dieser Einschluß läßt nun die Tatkraft Friedbergs und läßt den Mut der nationalliberalen Wahlrechtsfeinde. So ermuntert die preußische Regierung durch ihre Entschlusslosigkeit und Muthverzagt die Schatzmäder zu geradezu zur Ablehnung des gleichen Wahlrechts bei der bevorstehenden entscheidenden Abstimmung.“

Andererseits werden Aussagen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten berichtet, die einen etwas stärkeren Anlauf aufweisen. Großherzog hat am Sonnabend Unterredungen mit dem Vertreter der verschiedenen Arbeiterverbände. Er erklärte, daß er mit der Wahlrechtsvorlage keine und falle. Er teilte auch mit, daß der Kaiser ihm noch vor wenigen Tagen gesagt habe, daß er nach wie vor an seiner Votstafft festhalte.

Die nächsten Tage werden darüber entscheiden, ob durch die Annahme des gleichen Wahlrechts für Preußen eine Zeit der geheimer innerpolitischer Entwicklung gelingt wird oder ob der brutale Klassegoismus der Reaktion unter Land mitten im Kriege in schwerste innere Kämpfe hineinzutreiben gewillt ist!

## Haltung zur Wahlrechtsfrage.

Die Nordde. Allgem. Dig. meldet in ihrer Sonntagsausgabe:

Der Reichskanzler hat gestern eine Anzahl Vertreter der Arbeitergewerkschaften zu einer Ansprache über die die Arbeiterschaft betreffenden Fragen empfangen. Wie uns von einem Teilnehmer der Ansprache mitgeteilt wird, äußerte der Kanzler sich bei dieser Gelegenheit zu den völkisch-nationalen Arbeitersführern auch über die Wahlrechtsfrage. Er besante, daß er mit dem preußischen Wahlrecht

stehen und fallen.

Vor einigen Tagen noch habe sich der Kanzler ihm gegenüber dahin geäußert, daß er nach wie vor unbedingt auf dem Boden der Wahlrechtsvorlage steht. Anders laute die Gerüchte hier durchaus unpassend.

Die Arbeitersührer versicherten dem Kanzler, daß in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung keinerlei Neigung oder gar Absicht besteht, in eine Streikbewegung einzutreten. Gerüchte, die andere lauteten, hätten in der Arbeiterbewegung keine Verbindung. Solche erwünscht sei allerdings, daß von den militärischen und Zivilbehörden der Arbeiterbewegung ein größeres Verständnis entgegengebracht werde.

Der Empfang der Arbeiterversammlung fand, so meldet das B. T., am Sonnabend vormittag um 11 Uhr in der Reichskanzlei statt; er hatte einen nummehrlosen Anlaß in einem Wunsche des Reichskanzlers, der in einer Ansprache der Arbeiterversammlung mit dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums u. Stein am Freitag von diesem zum Ausdruck gebracht wurde. Die Arbeitersführer wurden in Gruppen empfangen, der Besuch dauerte etwa 20 Minuten. Die Arbeitersührer belonten außer der oben niedergelegten Erklärung, daß sie es sehr bedeckt hielten, wenn die Regierungsvorlage zum preußischen Wahlrecht vom Landtage abgelehnt würde. Daraufhin erwiderte der Reichskanzler, daß er mit dem gleichen Wahlrecht stehen oder fallen. Die Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses werden am Dienstag an diesem entschiedenen Wort des Reichskanzlers nicht vorübergehen.

## Russische Proteste.

Das russische Volkskommissariat des Außenwirten hat gegen die Vereinigung Beharabians mit Rumänien bei der rumänischen Regierung Protest eingezogen. Er gründet sich darauf, daß diese Vereinigung eine Verletzung des Vertrages bedeutet, in dem sich Rumänien verpflichtete, keine Truppen binnen zwei Monaten aus Beharabien zurückzuziehen. Eine Anklage "Korabion" an Rumänien wünschten nur die Großen. Aber nicht die große Masse der Bevölkerung. Ein oft meines Widerfangen in Strijkiw, der in den Tagen vom 18. bis 25. Januar tagte, habe entschieden gegen die rumänische Okkupation protestiert.

Einen ähnlichen Protest hat das russische Ministrum des Außenwirten in einem Telegramm an das deutsche Auswärtige Amt gegen den deutschen Bormarsch in die Nekrini eingezogen. Die Russen machen geltend, daß die Krim nicht zur Ukraine gehört, so daß der Bormarsch in dieses Gebiet eine schwere Verletzung des Preß-Witosser Vertrages darstelle. Das Ministerium des Außenwirten spricht daher die Erwiderung aus, daß der deutsche Bormarsch eingestellt werde. Einem ähnlichen Protest hat das russische Ministrum des Außenwirten in einem Telegramm an das deutsche Auswärtige Amt gegen den deutschen Bormarsch in die Nekrini eingezogen. Die Russen machen geltend, daß die Krim nicht zur Ukraine gehört, so daß der Bormarsch in dieses Gebiet eine schwere Verletzung des Preß-Witosser Vertrages darstelle. Das Ministerium des Außenwirten spricht daher die Erwiderung aus, daß der deutsche Bormarsch eingestellt werde.

Das deutsch-ukrainische Abkommen über den Warenaustausch darf nunmehr als geregelt gelten. Aus Berlin wird gemeldet: „Die deutsche Delegation in Kiew, die die Verhandlungen mit der ukrainischen Volksrepublik über den beiderseitigen Warenaustausch zu führen hatte, hat ihre Arbeiten abgeschlossen, nachdem am 23. April das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn unterzeichnet worden ist. Der Vertrag besteht aus einer Reihe von Einzelabkommen und Vereinbarungen, die für Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam abgeschlossen wurden. Das wichtigste Abkommen ist das über die Lieferung von Getreide. Hülster stützt, Butter mitteilen und Samen teilen. Wegen dieser Regelung wurde zunächst eine Vereinbarung über die Organisation der Aufbringung in der Ukraine und sodann ein Vertrag über die Lieferung abgeschlossen. Die Aufbringung erfolgt durch eine Organisation, die unter dem Namen Staatsgetreidebureau bereits ins Leben getreten ist und aus Angehörigen der landwirtschaftlichen Wörtern, aus Bütttern und Böhmen von Mühlens sowie aus landwirtschaftlichen Genossenschaften besteht. Von den übrigen Abkommen sind hervorzuheben diejenigen über die Lieferung von Eiern, Schlachtwie und Eisenwaren. Neben dem Verzug von Kartoffeln, Gemüse, Trockenfrüchten, Saferfrank und Wein wurde den Mittelmächten der freie Einlauf angeboten.“

Der Ernährungsbeirat in Berlin hat von einer Herausforderung der Präzision einweichen Abstand genommen, weil die Hoffnung besteht, daß Aufzüge aus der Ukraine den deutschen Getreidevorrat genügend erhöhen, um die Preß-Großmächte aufzugeben.“











## Sächsische Angelegenheiten.

### Der Schleichhandel in Sachsen.

Trotz allen behördlichen Maßnahmen und ungeachtet der angestrengten Tätigkeit der Beamten der Polizeiabteilung des Kriegsministeriums ist es bisher nicht gelungen, den Schleich- und Kettenhandel zu beenden. Da die große Masse des Volkes gerade an dem Mangel der notwendigsten, die Lebensfähigkeit und die Gesundheit der Masse erhaltenen Nahrungsmiteln, nämlich an Butter, Eier, Quark usw., leidet, so ist es nur zu bedauern, daß weiteste Kreise immer noch an dem Schleichhandel festhalten und denselben gegenwärtig in einer Weise betreiben, die die häusliche Wiedergabeung der darunterliegenden Vorschriften hervorruft. In Wirklichkeit steht der Schleichhandel mit Butter, Eiern und Quark, und trotz aller getroffenen Maßnahmen zur stärkeren Erfassung dieser Artikel beim Erzeuger werden heute noch große Mengen von den Schleich- und Kettenhändlern aus den ländlichen Bezirken herangeholt. Die Schleichhändler und Händler haben ihre bestimmten Lieferanten in den Dörfern. So ergänzt und eine im Bayerischen Viertel in Dresden wohnhafte Gastwirtin, daß sie in einem in Dresden Nähe liegenden Dorfe in jeder Woche mindestens 10 Stück Butter, viele Eier und mehrere Pfund Quark einsammelt. Sie bezahlt das Ei mit — 1 Pf. die Butter mit 16 Pf. das Pfund. Ein anderer, ebenfalls im Bayerischen Viertel in Dresden wohnhafte Beamter bringt von seinen Diensttouren fast jede Woche ein Eßgeschirr Butter, Mehl und sogar mehrere Brote mit nach Hause. Ungeheuerlich freibt seit Jahr und Tag eine Händlerin ihr Waren, die jede Woche auf dem Friedrichstädtischen Bahnhofe mit einer Ladung Butter, Eier und Quark aus der Weißnitz Gegend eintrifft und ihre Stoffarbeiten zu hohen Preisen an jolige Dresdner Einwohner absetzt, die es bezahlen können. Eine der von dieser Händlerin bevorzugten Familien hat während der ganzen Kriegszeit noch keinen Mangel an Butter und Eiern verspürt. Sie röhmt sich sogar dessen gegenüber und deutet nicht daran, daß es der Behörde eines Tages gelingen kann, diesem gefälschten Nutzen ein Ende zu machen.

Schwungvoll blüht gegenwärtig auch der Handel mit Schinken, für die ein ungeheure Preis verlangt und bezahlt wird. Der Geschäftsführer eines Dresdner Betriebshauses soll auf diesem Gebiete eine entzündliche Tätigkeit entfalten. Da die Karloffeln sehr knapp und dazu auch noch schlecht sind, macht sich auch ein Schleich- und Kettenhandel in diesem Artikel stark bemerkbar. Gefordert und bezahlt werden Tage und Jahre 21 Pf. für den Jeniner! Ein reicher böhmisches Lebensmittelverband findet augenblicklich auch mit Bayern statt. Viele Versionen, die in Bayern „Beschleunigung“ haben, erhalten Tag für Tag auf dem Postverhandelweg „Zwei-Pfund-Pakete“ unter „Nachnahme“ durch die Geldbrieftäger zugestellt. Diese Art Pakete werden von den bayerischen Postbedienen durchgelassen, während schwerere auf ihrem Inhalt untersucht werden. Diese Pakete enthalten in der Hälfte Butter. Die Dresdner Geldbriefträger sind von dieser Reubefahrung ihres Dienstes wenig erstaunt, denn es gibt zahlreiche Familien, die fast Tag für Tag eines oder mehrere der erwähnten geheimnisvollen Paketen erhalten. — Auf diese Weise läuft sich schon leben und durchhalten!

### Der Leipziger Straßenbahntreit vor dem Oberverwaltungsgericht.

Die bekannten Streitigkeiten wegen der Neuregelung des Straßenbahnmarsches zwischen der Stadtgemeinde Leipzig auf einer Seite und der Großen Leipziger Straßenbahngesellschaft bzw. der sächsischen Staatsregierung auf der andern Seite, die auch am Dienstag im Landtag zur Sprache kamen, beschäftigen das Oberverwaltungsgericht in Dresden. Letzterlich hatte das Ministerium des Innern, nachdem gewöhnlich Stadtrat und Gesellschaft eine Einigung nicht erzielt worden war, durch Verordnung vom 1. Februar 1918 die Gesellschaft ermächtigt, einen neuen Tarif, der eine wesentliche Fahrpreiserhöhung umfasst, einzuführen. Die Gesellschaft hat zwar vorläufig vor der Einführung dieses ministeriell genehmigten Tarifs abgesehen und beschlossen, zunächst die Wirkung des sächsischen Fahrpreiserhöhungen abzuwarten, doch hat die Stadtgemeinde gegen die Ministerialverordnung beim Oberverwaltungsgericht Anfechtungslage erhoben.

Es wurde geltend gemacht, daß die Stadtgemeinde als Teilnehmer im Sinne des Gesetzes über die Verwaltungsbefreiung in Frage komme, da ihr als Herrin über die öffentlichen Verkehrsräume in Leipziger Verwaltungsbereich über diese zustehe. Das Ministerium greife zu Unrecht in dieser Verwaltungsbereich ein. Die Tariferhöhung sei ohne vorheriges Schrift des Stadtrats erfolgt, obgleich er in hohem Maße an der Gestaltung der Tarifrechte interessiert sei, da die Fahrtreiderhöhung alle Eindrücke der städtischen Bevölkerung berührte. Die Gesellschaft dürfe nicht einfach die Fahrtrechte ändern, vielmehr müsse eine Vereinbarung zwischen Stadtrat und Gesellschaft finden, die dann der ministerielle Genehmigung bedürfe. Bürgermeister Roth bemerkte auch, daß die Gesellschaft schon seit 1901 eine Tariferhöhung anstrebe, doch über die Entwicklung des Straßenbahntarifes unternehmend die ablehnende Haltung des Stadtrats gerechtfertigt habe. Die Gesellschaft habe sich trotz der Richterhöhung des Tarifs sehr günstig entwickelt. Die Gewinne habe 1901 5% Proz. betragen, während die Aktien der Gesellschaft auf 188,50 bzw. 189,25 Proz. stiegen. Dagegen habe die Gesellschaft 1918 eine Dividende von 10 Proz. auszahlen können, während die Aktien auf 298,70 stiegen. Selbst im ersten Kriegsjahr sei bei einem Ausland von 185 eine Dividende von 12% Proz. am Verlust gelangt. Der Stadtrat habe aber auch jetzt recht behalten. Als die Gesellschaft im Juni 1917 den Antrag auf Fahrpreiserhöhung stellte, seien die Verhältnisse der Gesellschaft nicht überblicklich gewesen. Es stand nur eine Frequenz der Straßenbahn fest, wie sie überhaupt noch nie vorkommen war. Die Erhöhung des Fahrpreises um nur einen Pfennig bediente bei einer Verförderung von 150 Millionen Menschen eine jährliche Mehreinnahme von 1½ Millionen Mark. Vorsteh ist geboten gewesen, da die Fahrpreiserhöhung in erster Linie die Arbeiterschaft und den Mittelpunkt der Gesellschaft für 1917 auch nur eine Dividende von 5 Proz. bereit habe, so ergebe sich doch aus dem Gesichtspunkt, daß 2½ Mill. M. in den Erweiterungsstandes ungewöhnlich sowie für Wohngebäude zurückgewandt würden, an Abrechnungen auf Wertpapieren wurden 815.000 M. vorgenommen. Außerdem wurden erhebliche einmalige Aufwendungen der 1917 erfolgten Fusion beider Straßenbahngesellschaften gemacht. Lederner hätte die Tariferhöhung seine Eile gehabt. Neben der Tariffrage habe auch der Wagenmangel eine große Rolle gespielt, wodurch der Stadtrat verlangte, daß vor der Tariferhöhung die Wiedereinstellung von 250 weiteren Betriebswagen zu erfolgen habe. Die Gesellschaft erklärte, daß darüber noch Monate vergehen könnten, tatsächlich seien aber bereits Ende März, nachdem die Fahrpreiserhöhung am 10. Februar in Kraft getreten war, die 250 Wagen in den Verkehr gestellt worden, trotz folhafter Verzögerung und zahlreichen Delays am Waggonmaterial. Zum Publikum sei die Meinung verbreitet gewesen, daß die Verlehrmotoren bei der Meinung verbreitet werden, um die Tarif-

erhöhung durchzubringen! Über die Wirkung der Tariferhöhung sei zu sagen, daß in der Zeit vom 10. bis 28. Februar eine tägliche Mehreinnahme von durchschnittlich 7818 M. erzielt wurde. Das bedeutet eine jährliche Mehreinnahme von 2½ Millionen Mark, die sich aber noch wesentlich erhöhen werde. Die Rechtsfrage seit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 27. März 1909 eine andere geworden, weil 1917 eine neue Konzession erzielt worden sei. Die neue Verlehrung förderte nach einer Untersuchung zwischen Gesellschaft und Gemeinden. Die Rechtsfrage habe sich nur die Genehmigung des Tarifs, der von Gesellschaft und Stadtrat festgelegt sei, vorbehalten.

Der Vertreter der Gesellschaft war bemüht, die finanzielle Lage des Unternehmens weniger plausibel darzustellen, erklärte aber auch, daß eine Dividende von 12% Proz. für ein solches Unternehmen nicht genug sei, es müsse ein größerer Gewinn erzielt werden. Bei der Steigerung der Aufgaben würde ohne Tariferhöhung auch nicht auskömmlich eine Dividende erzielt werden, auf die Aktionäre der Gesellschaft hätten. Leipzig habe auch jetzt noch mit die billigen Straßenbahntarife von allen Großstädten. Die innige Verbindung der 250 Motorwagen sei nur möglich gewesen, weil die Kriegsmittel für beschleunigte Herstellung der Materialien gesorgt habe. Die Rechtslage sei durch das Oberverwaltungsgericht von Jahre 1909 endgültig klargestellt worden. Damals sei aber die Tarifregelung ausschließlich ein Staats-

hoheit von neutraler, besonders schwedischer Seite. Auch ist die Selbsthilfe der Gefangenen zu erwähnen, die Unterhaltungsausgaben, Büchereien, Bücher usw. gründeten. Über jedes Vorrecht erhoben, ist die Fürsorge Dänemark und Norwegen für die dort internierten, freien Gefangenen.

Durch den Frieden von West-Bismarck habe der Krieg nun einen Abschluß gegenüber Russland gefunden, wenn auch der Kontakt noch ganz willenslos sei. Die Gefangenen befinden sich nur langsame Fortschritte, obgleich nichts verhindert werde, vielmehr alles geschehe, was deutsche Tatkraft vermöge. Es würden dabei wieder Männer noch Kosten gescheut. Man müsse aber bedenken, daß das russische Reich auch in seiner neuen Grenzung noch von riesigen Dimensionen sei, daß das Rußland von heute und übermorgen durch einen dichten Schleier so gut wie verschlossen bleibe. In vielen Gouvernements habe man sogar erst langwierige und zeitnahe Erkundigungen darüber einzulegen müssen, in welchen Händen sich denn nun eigentlich die Gefangenen befinden. Dabei mußte auch eine gewisse Vorsicht angewandt werden; eine Überhebung wäre gleichbedeutend mit Gefährdung unserer armen Volksgenossen.

In neuerer Zeit hat sich nun in den östlichen Grenzbezirken eine statliche Schar von Räubern eingeschlichen, die aber, bevor sie weiterbefördert werden können, einer 25jährigen Quarantäne unterworfen werden müsse, doch werde während dieser Zeit für sie bestens gesorgt. Freilich stellt sich durch die Rückkehr der Gefangenen auch immer mehr heraus, daß manche ihrer Kameraden, die als vermisst gemeldet wurden, auf deren Rückkehr aber gehofft werden durften, in den fernen Gefangenlagern Sibiriens ihr junges Leben ausgehaut haben. Wo in dieser Beziehung noch keine Gewissheit besteht, stehen die amtlichen Stellen alle Hände im Bewegung, um den Angehörigen völlige Sicherheit zu verschaffen.

Im Mittelpunkt des Interesses steht nun die Heimbeleb-

erung der auf dem Ausland wartenden. Wie sich die weitere Verlauf gestalten wird, lasse sich schwer beantworten.

Die russischen lassen sich eben mit unseren organisierten Verhältnissen nicht vergleichen. Eine gewisse Abstumpftheit und Schwäche des russischen Volkes bilden mit die Hauptursache für die Schwierigkeiten.

Wenn sich die Gefangenen auch zum Teil noch weit im Innern Russlands befinden, sei das kein Grund, zu besonderer Sorge. Haushalte sei, daß sie sich in einer Gegend befinden, wo es noch genug Lebensmittel gibt. Und manche Beispiele haben davon noch genug. Da sich die Gefangenen jetzt meist frei bewegen können, würden sie sich schon noch Möglichkeit verschaffen. Auch nach Bevölkerung aller Städte werde die Heimbelebung bei den mittleren russischen Eisenbahnverbindungen noch zu wünschen übrig lassen. Man würde sich wohl hauptsächlich der Flughäfen bedienen, übertriebenen Hoffnungen sollte man sich aber nicht hingeben. Die deutschen Vertreter seien nach Rußland bereits abgereist, um alle noch schwebenden Fragen zu lösen. Besuche, um Bevölkerung von Gefangenen in der Heimbelebung zu begleiten, seien jedoch ganz zwecklos und würden die leitenden Kreise nur in ihrer Arbeit.

Die Gefangenen würden an mehrere Sammelstellen gebracht, wo sie leichter übersehen und von wo sie dann schneller fortgebracht werden können. Einzelgefundenen hätten jetzt keinen Zweck mehr, da der gegenwärtige Zustand der Gefangenen in der Regel unbekannt sei. Schon in den nächsten Tagen beginnen sich Unterkommissionen nach Rußland, die verschiedene Orte besuchen und für die Gefangenen bis zur Abförderung sorgen werden. Am leichtesten werde sich der Aufenthalt in der Ukraine in die Wege leiten lassen, weil dort insgesamt die Eisenbahnen durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen wieder in leidlicher Zustand versetzt werden sind. An der galizisch-russischen Grenze habe in letzter Zeit eine wilde Heimkehr von Gefangenen stattgefunden. Angetan mit russischen Uniformen, seien Tausende von Gefangenen infolge Nachlässigung der Bewachung aus den Gefangenlagern entwichen und haben sich auf eigene Faust auf den Heimweg gemacht. Angesichts der drohenden Beschaffung Offiziers durch die Japaner habe die deutsche Heeresleitung auch Vorsorge getroffen, daß die Gefangenen aus den östlichen Regionen Japan schnellstens entfernt werden, damit sie nicht einfallen in die Heimat zurückzukehren, in japanische Gefangenenschaft wandern müssen. Declarans von Verbündeten sei bereits in letzter Zeit sehr rege gewesen. Auch für die Russen Gefangenen werden Sammellager errichtet.

Der Bau der Fürsorge sei also in weitestem Umfang festgestellt. Ehrensohn des deutschen Volkes sei es, seinen Dank, den es unseren braven Truppen schulde, wenigstens zum Teil dadurch abzustatten, daß man sich der Gefangenen in hingebender Weise annimmt. Erfüllt wird die Wünsche der Gefangenen infolge der jahrelangen Verhältnisse der Gefangenschaft Gefühle der wachsenden Verbitterung und des Trotzes entwidmet hätten, so daß der Eintritt einer völlig Entfernung großes ihnen und ihren Familien befürchtet werden müsste. Sie glauben sich von ihren Angehörigen verlassen und von ihrem Vaterland verlassen. Selbst sichbare Beweise des Gegenteils könnten die Stimmung der Bedauernswerten nicht beeinflussen. Sie schreiben an ihre Angehörigen sehr gern und tun sie es doch einmal, so erhalten sie die schwersten Anklagen. Tief mit neutraler Hilfe sei es in den meisten Fällen gelungen, die Gefangenen über die wahre Soziallage aufzuklären und sie beruhlicher zu stimmen.

Um Schlüß bemerkte der Vortragende, daß, obgleich noch immer mit Einflussnahmen gerechnet werden müsse, der Kontakt heute doch wesentlich günstiger sei als noch vor wenigen Monaten. Das alte Kreuz werde fortfahren, daß Los der Kriegs- und Kriegsgefangenen in Rußland nach Möglichkeit extraktiv zu erhalten, bis der Krieg den Heimatboden wieder betreten habe.

### Die neue Billettsteuer.

Die Besteuerung der Lustbarkeiten erfolgte bisher für die Stadt Dresden nach seitens Sägen durch Erhebung von Lustbarkeitssteuer und in der Form der Billettsteuer. Letztere gelangte jedoch nur dann zur Erhebung, wenn Eintrittskarten zu einem Eintrittspreis von mindestens 40 Pf. ausgegeben wurden. Die Besteuerungen, die bei ihrer Einführung laut wurden, der Verkauf der Eintrittskarten werde durch sie wesentlich erhöht werden und das Publikum sich zur Zahlung der Billettsteuer nicht verführen können, dadurch aber eine Beschränkung der Lustbarkeiten und eine erhebliche Schädigung der Vergnügungsstätten aller Art eintreten, haben sich, wie der Rat schreibt, völlig hinfällig erwiesen. Im Gegenzug hat sich der Ertrag der Billettsteuer, abgesehen von den beiden Kriegsjahren 1914/15, in aufsteigender Richtung bewegt, im Jahre 1917 hat die Billettsteuer sogar eine Einnahme von 358.000 M. die höchste erreicht, gebracht.

Die Tatsache und insbesondere der weitere starke Verlust aller der Steuerpflicht unterliegenden Veranstaltungen lassen es nach Ansicht des Stadtrats gerechtfertigt erscheinen, um wenigstens einen Teil der durch den Krieg der Stadt-

## Stadt-Chronik.

### Unsere Gefangenen in Rußland.

Über dieses Thema, das jetzt für diejenigen Kreise von besonderem Interesse ist, die einen lieben Angehörigen in russischer Gefangenschaft wissen, sprach am Sonnabend vor einem zahlreichen Zuhörerkreise Herr Verlagsbuchhändler Heinrich Minden von der hiesigen Auslandsstelle vom Roten Kreuz. Im ersten Teil seiner Ausführungen schilderte er das Fürsorge- und Vermittlungswerk des Reichs und des Roten Kreuzes zur Erleichterung der kriegerischen Lage unserer Gefangenen in Rußland, die hauptsächlich in Spenden von Kleid, Fleisch, Nahrung, Medikamenten usw. bestehen. Die Vorräume, die für die Kriegsgefangenen in Rußland bisher aufgewendet werden sind, stellen sich auf 25 Millionen Mark, während für die Russengefangenen 125 Millionen Mark verausgabt wurden. Gegen besondere Anstrengungen verdiensten auch die Hilfs-





diesem Abend zum letzten Male auf: Elfiere Kohl und Hans Kalben, die aus dem Verbande des Residenz-Theaters austreten. Der neu eröffneten Operette "Die lustige Witwe" sind in den Hauptrollen beauftragt die Damen Greta Breit, Margarete Hamm, Hermine Kutsch und Barbara Schubert; die Herren Gustav Ebert, Paul Gildebrandt, Willi Höpp, Anna Janda, Hans Hoffstet, Willi Karl, Max Raunhor, Karl Suttm und Adolf Wagner.

**Zentral-Theater.** Herr Oskar Kigner wurde für die Sommer Spielzeit verpflichtet und wird in der zuständigen Neueröffnung am 8. Mai im Saale der Heimat, Windelmannstraße 4, einen Vortrag abhalten, an dem Herr Oberlehrer Arnt Liebster über die ersten Opernaufführungen im Aachener Theater am Taubenbergsprechen wird.

Der Dresdner Künstlerbund veranstaltet heute 7½ Uhr im Künstlerhaus seinen ersten Konzertabend. Eintritt 1 RM.

### kleine Mitteilungen.

**Max Klinger's neuestes Werk.** Nach jahrlanger Unterbrechung hat Max Klinger das monumentale Gemälde vollendet, das für den Stadtbordentraum des Chemnitzer Rathauses bestimmt ist. Man schreibt und darüber: Der Titel Arbeit, Wohlstand, Schönheit bedeutet auf einem gebannten Weise hin, leider bleibt der Künstler vieles davon schuldig. Das auf die Bedeutung der Chemnitzer Industrie kein Bezug genommen wird, das ist schließlich unverhüllt. Aber schon rein gestisch hat Klinger keine Anzeige nicht glücklich gelöst. Man erblickt eine Palaststadt südlichen Charakters, vor der sich Schiffsauswahl entwölft. Nach längster Betrachtung löst sich im Mittelpunkt eine Hafendamm, eine Mole, ab, an dem ein weißer Quadriga vor Anter ging. Eine Menge von Figuren, die sich hier tummeln, verhüllt die Arbeit. Über dem Rahmen des Ganzen nehmen die sehr mangelhaft geschilderten Silhouettenhaften Figuren einen untergeordneten Rang ein. Die dominierende Stellung ist einer Geisteskreatur im Vordergrunde vorbehalten, die die Menschen in bunten Gedankenwänden darstellt, wie sie vor einer Gruppe strenger gesetzter wohlbildender Gehilfen und einer zweiten Gruppe von Zuschauern, die den goldbekleideten Meister umgeben, in der Haltung von Tänzerinnen sich gefallen. Zum tieferen Verständnis des vom Künstler Beabsichtigten sind Erklärungen nötig. Gai die unbefangene Gestik ist der Eindruck nicht durch Alartheit überzeugend.

Der polnische Dichter Lucjan Andel, einer der Führer der modernen polnischen Dramatik, ist in Bronibice-Pale bei Krakau am Alter von 50 Jahren gestorben. Sein Hauptwerk ist die Jagellonische Trilogie, die 1909 erschien.

## Radeberger Stofffabrik

Dresden-A.

Moritzstr. 3



Vorteilhafte Bezugsquelle für Putzmacherinnen und Händler

## Die Kleiderverwertungsstelle Dresden

An der Kreuzkirche 8

Allein zum Ankauf aller getragenen Kleidungsstücke berechtigt, ersucht dringend um Übergabe aller entbehrenlichen Kleider, Schuhe und Wäsche für die nothleidende Bevölkerung und entlassenen Krieger.

### Aufzugspreise:

	fast neu	feh gut erhalten	gut erhalten	mäßig abgetragen
Herrenfadoanzüge	60 bis 70 RM	50 bis 60 RM	30 bis 40 RM	15 bis 30 RM
Herrenhosen (gestreift)	25 bis 30 RM	18 bis 25 RM	12 bis 18 RM	8 bis 15 RM
Herrenhosen	17 bis 20 RM	14 bis 17 RM	9 bis 14 RM	5 bis 9 RM
Winterüberzieher	60 bis 70 RM	50 bis 60 RM	30 bis 40 RM	15 bis 30 RM
Damenkostüme (modern)	50 bis 70 RM	40 bis 50 RM	30 bis 40 RM	15 bis 30 RM
Damenkostüme (dunkel)	25 bis 30 RM	20 bis 25 RM	12 bis 20 RM	5 bis 12 RM
Damenmantel	50 bis 60 RM	40 bis 50 RM	25 bis 40 RM	10 bis 25 RM

Auch in schlechtem Zustande befindliche Kleidungs- und Wäschestücke finden noch Verwendung und werden entsprechend bezahlt.

## Dreher

für Werzeugmaschinen gesucht.  
Joh. Weiß, Marienhofstr. 42.

### 2 Bettstellen

mit Platz, 2 Kleiderbüchse  
(1 Platz), Bettdeckenbüchse  
(1 Platz), mit Matratze, Doppel-  
Schreibtisch (Platz), Büchse, Schreib-  
stiften, Farbe, Stille, Tinte,  
Tinten, Gebenheit, usw. Klep-  
mängel werden zu verfügen.

Langermann

Impedigan, Seidenmäntel  
Stoffmäntel u. Jaden  
Kostüme in Stoff und Seide,  
Wollseide, Blüten, vert. Preis  
Reisekoffer, Galerichtspf. 2.

### Die Kartoffelküche

Preis 70 Pf.  
Volkbuchdr. Weltkriegs. 10.

## Kräftige Arbeiterinnen

für Tag- und Nachschicht  
 sofort verlangt.  
Meldungen 8-9 Uhr dorm. Hamburger Str. 19.  
Uttengesellschaft vorm. [S 121]  
Seidel & Naumann, Dresden

## Grillparzess Berlin

in 1 Band, illustriert.  
Preis 4,50 RM.  
Volksbuchhandlung,  
Metznerplatz 10.

## Rund um Dresden

im Wechsel der  
Jahrezeiten:  
60 Aufsätze von Karl Eddart.  
Preis 75 Pf.  
Volksbuchhandlung  
Metznerplatz

## Musenhalle

Vorstadt Löbtau, Lessingstr. 17, Straßenbahnh. T. 11, 12  
Heute abend 8,10 zum leichten Male!

Operette von  
Pechs, Willy  
in 5 Akten

Die ledige Cheffrau.  
Reizende Musik, Gesang- und Tanzimlagen.

Bühnenveränderung wegen Dienstag und Mittwoch:  
geschlossen!

Donnerstag Beginn der Sommer-Saison:

Neue Truppe.

Das Liebchen vom Urschlaubchen, Singspiel in 4 Akten.

Nunzt moment! Preis 20 Pf.

## Sparkasse Niedersedlitz.

8½ Prozent Zinsen. Tägliche Verzinsung. [S 270]  
Geschäftszzeit: Werktag 8-1 Uhr. Postcheck-Konto Nr. 19.802

## Der Zentral-Arbeitsnachweis

mit Hilfsdienst-Meldestelle  
ermittelt gelernte und ungelehrte, männliche und weib-  
liche Arbeitskräfte. Er empfiehlt den  
Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte des

### „Heimatland“

Steuermal monatlich erscheinende Stellenliste der Stiftung  
Heimatland. — Schlegelgasse 14. Telefon: männliche  
Abteilung 18.016, weibliche 14.088. „Heimatland“ 18.018.

Beratung völlig kostenfrei.

## Dreher

werden eingestellt  
The United Cigarette Machine Company, Ltd.  
Dresden, Torstraße 48. [S 244]

## Gelernte Dreher

sofort gesucht für Geldraubbau [S 27]  
Maschinenbau Rossmarkt & Schneider Rossmarkt U.-O.  
Gelbesau.